

Endlich kommt Bewegung ins Thema

Kantonsrat will Kantonsapotheke nicht an Private verkaufen

Ausgabe vom 3. Oktober

Seit langem ist klar, dass die Kantonsapotheke KAZ höchst defizitär ist und dringender Handlungsbedarf seitens des Kantons als Besitzer besteht. Die KAZ ist für den Bezirk Dietikon eine Vorzeiginstitution, wir sind daher sehr an einer schnellen Regelung interessiert. Aufgrund der Corona-Pandemie, in der die KAZ nicht immer ein glückliches Händchen bewiesen hatte, wurde das Thema in den letzten zwei Jahren von der Gesundheitsdirektion (GD) massiv verzögert. Bereits 2018 hatte der Regierungsrat einen Antrag zur Verselbstständigung der KAZ gestellt, dabei aber so viele Fragen offen gelassen, dass die GD nochmals über die Bücher musste. Im Frühjahr 2022 hat die GD dann den Vorschlag zur Sanierung der KAZ endlich konkretisiert: Man übergibt die «angeschlagene» KAZ dem Universitätsspital Zürich (USZ) zur Sanierung! Es ergeben sich daraus für die FDP folgende Fragen: Zu welchem Preis wird die KAZ dem USZ übergeben? Aufgrund des Drucks der FDP wird der Kantonsrat nun über die Höhe des Verkaufspreises entscheiden. Wie wird die KAZ saniert und wer muss das bezahlen? Die FDP ist klar der Meinung, dass die Kosten der Sanierung transparent sein müssen und nicht irgendwie intransparent über höhere Kosten beim USZ oder von verkauften Arzneimitteln verschleiert werden. Inwieweit wird die neue KAZ auf dem privaten Markt für Medizin auftreten und dadurch andere Apotheken konkurrenzieren? Der Leistungsauftrag der neuen KAZ wurde so gefasst, dass er die Konkurrenz der KAZ zu privaten Apotheken zumindest im Rahmen hält. Offenbar hat die KAZ-Vorlage nun auch Private auf den Plan gerufen. Ein Konsortium um alt Kantonsrat Lorenz Schmid und alt Bankrat Rolf Walther will um die KAZ bieten. Der Zeitpunkt ist sicher spät und unglücklich gewählt, aber wir sind froh, wenn sich auch Private für die KAZ interessieren. Was das für den Standort Schlieren bedeutet, wird sich zeigen, aber zumindest bewegen wir uns in die Richtung einer längst nötigen Sanierung.

André Müller, Kantonsrat FDP, Uitikon

Schon mehr als einmal versteuert

Kein Entscheid zu Eigenmietwert

Ausgabe vom 30. September

Wieder einmal konnten sich «unsere Politiker» nach all den Jahren Seilziehen nicht einigen. Wo steckt das Problem: Es geht um Vor- oder Nachteile von Mietern und Eigenheimbesitzern und zuletzt auch um einen Steuerausfall von angeblich 3,8 Milliarden Franken. Dabei wäre die Sache ganz einfach: Wer ein Eigenheim besitzt, sei es Haus oder Wohnung, und dies selber nutzt, soll für Finanzierung und Unterhalt selber aufkommen. Also Schluss mit Abzügen und fiktivem Einkommen. Der Mieter kann seine Mietkosten auch nicht von den Steuern abziehen. Als Wohnungsbesitzer erhalte ich dank Bundesratsbescheid noch ein Geschenk: Zu all den Mehrkosten, die auf uns zukommen, darf ich mich noch über ein höheres fiktives Einkommen freuen, dank Anpassung des Eigenmietwertes auf 60% des Schätzungswertes.

Gerhard Büschlen, Dintikon